

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Februarhälfte 900.— Mt. Einzelverkaufspr. 70.— Mt. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die a. ch. gebaltene Zeitspalt oder deren Raum 200.— Mt., auswärtige 250.— Mt. für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Mt. für Reklamen 800.— Mt. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 31.

Dienstag, 6. Februar 1923.

30. Jahrgang.

Die Fremdherrschaft in Baden.

Karlsruhe, 5. Februar. (Amtlich.)

In der Nacht auf Sonnabend sind französische Truppen aller Waffen durch das Gebiet des Brückenkopfes Kehl nach dem bisher unbesetzten badischen Gebiet vorgerückt. Die Hauptmacht war in Schlettstadt im Elsaß zusammengefaßt und mit der Bahn bis Straßburg gebracht worden. Sonnabend vormittag von 7 Uhr an begann die Besetzung von Windschlag, Appenweier, Offenburg und Ortenberg durch starke französische Truppen, zunächst durch Kavallerie in Begleitung von Panzerwagen, dann durch Infanterie und Artillerie. Von mittags 2 Uhr an wurde der Post- und Telegraphenverkehr nach auswärts völlig unterbrochen. Zwischen 11 und 12 Uhr gab der französische Kommandant in Offenburg dem Vertreter der Staats- und Gemeindebehörde einen Befehl bekannt. Danach verfolgt diese ausgeführte Operation keine militärische Zwecke: sie richtet sich nicht gegen die Bevölkerung, sondern sei als „Sanktion“ zu betrachten gegen „gewisse Mächenschaften“, gegen den Friedensvertrag (Einstellung internationaler Züge usw.). Von Montag ab wird der Bahnverkehr zwischen Offenburg und Appenweier eingestellt. Durchgelassen werden nur die internationalen Züge Holland-Schweiz.

Der Befehl enthält weiter folgendes: Die öffentlichen Betriebe setzen ihre Tätigkeit fort unter Kontrolle der französischen Behörde. Das Personal verbleibt auf seinem Posten und versieht seinen Dienst weiter, sofern von der französischen Behörde keine Entlassungen vorgenommen werden. Beschädigungen des Materials der öffentlichen Betriebe, der Kunstbauten usw. werden verboten und die Staats- und Gemeindebehörden für die Ausführung der französischen Militärbefehle, sowie für jede Zerstörung und Beschädigung verantwortlich gemacht. Im neu besetzten Gebiet wird die Polizei und Gendarmerie der französischen Militärbehörde unterstellt, die ihre Ausrüstung und Diensttätigkeit fortsetzt. Ansammlungen von mehr als fünf Personen werden verboten, desgleichen Versammlungen. Jeder Mann muß stets einen Personalausweis bei sich führen. Polizeistunden 9 Uhr, Verkehr auf Straßen und Wegen von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten. Der Tagesverkehr zwischen den neu besetzten Ortschaften und zwischen dem neu besetzten und dem unbesetzten Gebiet wird einer Kontrolle unterzogen. Jeder Verkehr muß begründet werden. — Befohlen wird Ablieferung aller blanken und Feuerwaffen unter persönlicher Verantwortung der Bürgermeister, angeündigt die Sperrung des Telegraphenverkehrs für sämtliche deutschen Behörden und Privatleute, französisches Mißtrauen für alle Telegramme vorgeschrieben, drahtlose Telegraphenstationen sind verboten und alle Brieftauben anzumelden. Jede Zuwiderhandlung ist mit Festnahme und Vorführung vor das Militärgericht bedroht. Gegen Unruhen, Widerstände und Feindseligkeiten werde Waffengewalt angewendet werden. Wenn eine Waffenabteilung überfallen werde, so werde sie sofort von ihrer Waffe Gebrauch machen.

Der Oberamtmann von Offenburg hat logisch erklärt, daß Behörden und Beamte nur Befehle von deutschen Behörden annehmen, und er hat am Nachmittag dem französischen Kommandanten ausdrücklich mitgeteilt, daß sämtliche Reichs- und Landesbeamten es ablehnen, sich den französischen Befehlen zu unterstellen.

Die badische Landesregierung hat die Reichsregierung telegraphisch ersucht, gegen das unerhörte völkerrechtswidrige französische Vorgehen schärfsten Protest zu erheben. Zugleich wurde der Oberamtmann von Offenburg beauftragt, dem Kommandanten der französischen Truppen im Namen der badischen Regierung eine nachdrückliche Protesterklärung abzugeben.

In voller Übereinstimmung mit der Reichsregierung ist die badische Regierung entschlossen, alles zur Wahrung der Staatshoheit zu tun, was nationale Würde und Ehre erfordert.

Weiterer Vormarsch?

München, 5. Februar.

Nach Mitteilungen, die in hiesiger unterrichteter Stelle eingelaufen sind, ist mit einem weiteren Vormarsch der Franzosen auf badischem Gebiet zu rechnen und zwar mit der Besetzung von Bruchsal und Lörrach.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

München, 3. Februar.

Amtlich wird gemeldet: Vom Gesamtministerium des Freistaates Bayern wird verordnet, daß die am 26. Januar getroffenen einstweiligen Maßnahmen zum Schutze der Weidherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wieder aufgehoben werden und mit dem 6. Februar außer Kraft treten.

Rüstungen der Hitler-Sturmtruppen.

München, 5. Februar.

Die „Münchener Post“ macht heute eingehende Mitteilungen, daß der nationalsozialistische Sturmtruppen-Führer Liebke an die Kasse der Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei sehr große Geldbeträge abführt, um die Hitler-Armee mit sehr großen Mengen von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen zu versorgen und in den Reichswehrkasernen unter Aufwand kolossaler Geldbeträge verläßt, mit Leuten in Verbindung zu kommen, die über Waffen Bescheid wissen.

Verbot des „Völkischen Beobachters“.

München, 5. Februar.

Der Staatskommissar hat wegen eines Artikels unter der Ueberschrift: „Der proletarische Sumpf“ den „Völkischen Beobachter“ auf die Dauer von vier Wochen verboten.

*

Eine deutsche Protestnote gegen französische Raubtaten.

Berlin, 5. Februar.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

„Aus dem Ruhrgebiet wird eine Reihe von Fällen gemeldet, wo Angehörige der französischen Armee Eigentumsvergehen verübt haben.“

Am 18. Januar nachmittags hat sich ein Soldat des 109. französischen Infanterieregiments in Dortmund in dem Goldwarengeschäft von Lindenweg, Steinstraße 6, das er unter dem Vorwande eines beabsichtigten Einkaufes betreten hatte, zwei silberne Ringe und eine Damenuhr angeeignet.

Am 22. Januar nachmittags haben zwei französische Soldaten von der Hauptbahnhofsache in Dortmund, einer darunter mit blank gezogenem Seitengewehr, aus dem Verkaufstand des Bahnhofsweirkes nach Zertrümmerung einer Glasscheibe vier Flaschen Spirituosen, sowie Schokolade und Obst geraubt.

Am 30. Januar abends haben drei französische Soldaten in Waidmieden Platzmeister Caffé überfallen und seine Brieftasche mit 32 000 Mark, sowie seine silberne Uhr geraubt.

Am 31. Januar haben französische Soldaten unter Teilnahme von Offizieren Lebensmittel- und Zückerwarengeschäfte in Witten an der Ruhr ausgeraubt.

In Bochum haben französische Soldaten in zahlreichen Fällen in Ladengeschäften unter Anwendung von Gewalt und ohne Bezahlung Waren weggenommen.

Die deutsche Regierung fordert die Bestrafung der Täter und Ersatz des verursachten Schadens.“

Der Essener Polizeipräsident verhaftet.

Essen, 5. Februar.

Der Polizeipräsident von Essen, Dr. Mecher, ist heute vormittag verhaftet worden.

Dänische Lebensmittel für das Ruhrgebiet.

Berlin, 5. Februar.

Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, hat die französische Verwaltung des Ruhr-Reviers mit dänischen Firmen einen Lieferungsvertrag über wöchentliche Lieferungen von 500 Schweinen und 500 Rindern abgeschlossen.

Der Opferstinn aller Bergarbeiter.

Es wird uns mitgeteilt: Die Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes für das nieder rheinische Steinkohlengebiet hat mit großer Mehrheit beschlossen, zur Abwehr der Folgen der widerrechtlichen Besetzung des Ruhrreviers das Vertrauen zu den Ueberrechlichten sofort aufzunehmen. Die Vertrauensleute waren der Ueberzeugung, daß alle feindlichen Versuche, das deutsche Wirtschaftsleben durch Entziehung der Ruhrkohle zu lähmen und den deutschen Widerstand zu brechen, bei den Bergleuten der unbesetzten Bergbaugelände nur verstärkten Opferstinn auslösen können.

Kindermord aus Uebermut.

Düsseldorf, 4. Februar.

In der Vorhalle des Bahnhofs Düsseldorf-Bilt stand gestern eine Abteilung französischer Soldaten, der eine Anzahl Kinder zuschauten. Plötzlich legte, ohne erkennbaren Anlaß, ein französischer Korporal sein Gewehr an und schoß in die Kinder. Ein Kind wurde schwer verletzt, ein anderes leicht vermerdet. Das schwerverletzte Kind ist kurz darauf gestorben. Der Kommandeur hat dem Beigeordneten Dr. Haas mitgeteilt, daß der Korporal vor ein Kriegsgericht gestellt werden würde, man verläßt den Vorfall so darzustellen, als ob die Ermordung des Kindes durch die unvorsichtige Handlung des Korporals mit dem Gewehr verursacht worden sei. Der Kommandant hat den Eltern des erschossenen Kindes als Entschädigung für den Tod des Kindes 100 000 Papiermark (vierzig Papierfranken!) angeboten. Regierungspräsident Dr. Grüner hat die Besatzungsbehörde darauf hingewiesen, daß das Angebot einer solchen Entschädigungsumme unangehörig sei und empfohlen, daß die Eltern der französischen Besatzungsbehörde gegenüber ihre Entschädigungsansprüche gemäß dem bürgerlichen Gesetzbuch stellen mögen; als vorläufiger Beitrag für die notwendigen Kosten der Bestattung des getöteten Kindes sowie für sonstige Auslagen hat er den Eltern 200 000 Mt. überwiesen.

Die „Volksstimme“ bleibt verboten.

In Duisburg ist die sozialdemokratische „Volksstimme“ aufs neue verboten worden, nachdem eben erst die erste Verbotsschrift abgelassen war. Des Volkes Stimme ist für die Franzosen also immer noch unerträglich.

Dollar 38700.

Die Lausanner Konferenz gescheitert.

SPD. Die Lausanner Verhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden. Die türkische Delegation wollte sich den Vorschlägen der Entente in drei Punkten nicht unterwerfen. Da die Vorschläge auf Seiten der Entente als Mindestprogramm angesehen wurden, ergab sich der Abbruch von selbst. Nach außen hin verläßt die Entente Lausanne als Einheit. Innerlich trat die Zersplitterung nie so scharf in Erscheinung wie hier. Man kann getrost von einem Dolchstoß sprechen, den Frankreich in den Rücken Englands geführt hat. Die Folgen des Abbruchs der Lausanner Konferenz lassen sich vorläufig nicht übersehen. Frankreich hat auf dieses Ziel hingearbeitet, indem es die türkische Regierung vor der entscheidenden Sitzung wissen ließ, ein Abbruch der Verhandlungen bedeute für Frankreich keineswegs einen Abbruch der freundschaftlichen Beziehungen. Es würde zu gelegener Zeit die Verhandlungen wieder aufnehmen und zu neuen Zugeständnissen bereit sein. Worauf es Frankreich ankommt, das ist der vertragslose Zustand, der Zustand der ewigen Unsicherheit, der England im Orient dauernd in Atem halten soll. Man darf also darauf vorbereitet sein, daß Frankreich in Kürze mit der freundschaftlichsten Miene der Welt sich England nähern wird, um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen und seine guten Freundschaftsbeziehungen anzubieten. Die ungeklärte Frage bleibt die, ob sich England noch länger von Frankreich am Narrenseil in die Runden führen lassen wird.

Antisemitentravall in Wien.

Der bekannte Berliner Sexualforscher Magnus Hirschfeld ist in Wien das Opfer antisemitischer Rowdies geworden. Als er im Großen Konzertsaal einen Vortrag über „Sexuelle Verbrechen“ halten sollte, brach auf der Galerie ein ohrenbetäubender Lärm los. Mit Gummiknüppeln schlugen jugendliche Bengel auf das Publikum ein, schleuderten Stühle und brennendes Papier in den Saal und brüllten ohne Unterlaß: „Suden raus! Schweinebande!“ und ähnliches. Viele Verletzte brachen unter den Schlägen der wütenden Bande blutüberströmt zusammen. Mehr als dreißig Personen wurden von der Polizei verhaftet, der es erst nach längerer Zeit gelang, die wildgewordenen Antisemiten zurückzudrängen. Auch auf der Straße verhielten etwa 100 nationalsozialistische Hakenkreuzler mit ihren Gummiknüppeln auf das Publikum einzuschlagen. Sie wurden alsbald von der Polizei zerstreut.

Die sächsische Regierungskrise.

SPD. Dresden, 5. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Die sächsische Parteiorganisation und Landtagsfraktion beschäftigten sich am Sonntag mit der durch den Rücktritt der Regierung geschaffenen Lage. Scharf wurde das Verhalten der Kommunisten und die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien getadelt. Die Landtagsfraktion wurde beauftragt, bei der Neubildung der Regierung so zu handeln, wie es das Interesse der Arbeiterschaft erfordert.

Die lahme Regierung.

Die sprunghafte Teuerung, die jetzt auf allen Gebieten des Warenmarktes auftritt, und deren letzte Ursache die neue durch die Besetzung der Ruhr herbeigeführte Katastrophe der Mark ist, macht Abwehrmaßnahmen der Regierung unbedingt erforderlich. Statt dessen hört man lediglich, daß eine Reihe kleiner Maßnahmen geplant ist, so die Einschränkung des Aufzugs im Handel mit Edelmetallen, das Vorgehen gegen den übermäßigen Verbrauch von Lebensmitteln in Luxusgeschäften — von einem ernsthaften Versuch aber, den Keimen der Teuerung entgegenzuwirken, ist wenig zu vernehmen. Nachdem der frühere Reichswirtschaftsminister, Genosse Roebt Schmidt, im Reichstag am letzten Freitag auf die enormen Auswüchse der Devisenspekulation hingewiesen hat, verstand sich der Reichsinnenminister Dr. Dezer dazu, weitere Maßnahmen anzukündigen. Kaum war das jedoch geschehen, so hallte die gesamte Presse wider von Dementis der verschiedensten Art. Wenn es auch den Anschein hat, daß nach wie vor die Herausgabe von wertbeständigen Anleihen wohlwollend erwogen wird, so gehen die Beratungen dennoch mit einer Langsamkeit vor sich, gegen die die übliche Schnelligkeit des heiligen Bureaukratismus geradezu ein Einzugstempo ist. Auch in der Frage der Ruhrbekämpfung wird mehr erwogen als gehandelt. Angesichts dieser Umstände ist es dringend geboten, darauf hinzuweisen, daß der Abwehrkampf gegen die Ruhr-Okkupation nur möglich ist, wenn das ganze Volk in die Lage versetzt wird, ihn zu bestehen. Gegenwärtig aber entwickeln sich die Verhältnisse zu einem glänzenden Geschäft für die Börsianer, während die Verbraucher in ungeheuren Preisen bei nur langsam folgenden Löhnen die Kosten dieses Wirtschaftskrieges tragen. Die Regierung muß schleunigst zu Entschlüssen kommen, die den Sturm am Devisenmarkt und die ungeheure Preiswelle einzudämmen geeignet sind. Sie macht sich sonst mitkündig an der Lähmung der Abwehrkraft unserer Volkswirtschaft!

Kommunistische Bilanz.

Zum Parteitag der KPD.

„Wir leben nicht im luftleeren Raum, die Tatsachen erzwingen sich ihre Anerkennung.“ (Wandeler auf dem Parteitag der KPD.)

Die Kommunisten haben auf ihrem Parteitag ihre organisatorische Stärke auf 218.555 Mitglieder angegeben. Es besteht keine Veranlassung, an der Richtigkeit der Angaben zu zweifeln, wenn gleich die KPD mit Rücksicht auf ihre beträchtlichen zünftigen Goldsubventionen im Gegenlag zur Sozialdemokratie keinen Klaren und bis ins letzte detaillierten Rechnungsbuch vor der Öffentlichkeit ablegt. Die organisatorische Stärke der kommunistischen Partei ist in ihren einzelnen Bezirken ganz verschieden. In den größten Teilen Deutschlands sind sie fast vollkommen bedeutungslos; nur in wenigen Industriezentren verfügen sie über Organisationen, die ihnen politische Wirksamkeit und Einfluß auf breitere Arbeitermassen gestatten. Der feste Ball, an dem sie sich vergriffen die Köpfe entgegen sind nach wie vor die Gewerkschaften. Die ganzen Debatten auf dem Parteitag waren von der Einsicht diktiert, daß ohne Einfluß auf die sozialdemokratische und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die kommunistische Bewegung zur aussichtslosen Wiederholung agitatorischer Redensarten verurteilt sein würde.

Immerhin wäre es verfehlt, zu verkennen, daß die ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit und die dadurch unaussprechliche Enttäuschung und Verwirrung in weiten Massen der arbeitenden Bevölkerung den Kommunisten trotz aller von ihnen selber nicht geleugneten Vorbehalte ihrer politischen Führung immer wieder einen gewissen Zuström verhoffen. Gewiß ist dieser Zuström — darauf wird in der kommunistischen Presse selbst hingewiesen — der Qualität nach nicht eben erstklassig. Im Gegenteil, die Kommunisten klagen darüber, daß führende Funktionäre, namentlich wenn sie in Gewerkschaften tätig sind, immer wieder der KPD den Rücken kehren. Aber es hat keinen Zweck, zu bestreiten, daß die Kommunisten organisatorisch immerhin noch so stark sind, daß sie, gestützt auf die ungewöhnlichen Subventionen, die sie aus Moskau jorklanfend erhalten, in der Arbeiterbewegung in kritischen Situationen empfindlich zu schädigen, immer wieder Verwirrung zu erzeugen und durch „Aktionen“ auf eigene Faust das Unternehmertum wirtschaftlich und politisch zu stärken. Der Faschismus lebt geradezu von dem Schwanken des roten Tages und von dem ständigen Hinweis auf die kommunistisch-faschistische Gefahr.

Die scharfe Abwehr, in die Sozialdemokratie und Gewerkschaften bei der besonderen Entwicklung der deutschen Parteiverhältnisse gegen die kommunistische Bewegung gedrängt werden, darf aber nicht dazu führen, daß man übersehen, wie immer noch bedeutende und gerade weil sie im Rücken unserer Bewegung stehen, deswegen auch wichtige Teile der Arbeiterklasse noch bei den Kommunisten organisiert sind. Es ist für die Weiterentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung absolut nicht gleichgültig, wie und wo sich diese Teile entwickeln und wie die Weiterentwicklung der tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse sich in den Köpfen derjenigen Kommunisten widerspiegeln, die nicht bloße Abenteuer oder ausgeschaltete Agenten sind.

Der kommunistische Parteitag hat mit überraschender Anschaulichkeit gezeigt, daß auch die KPD gezwungen ist, sich mit der wirklichen Welt auseinanderzusetzen. Die Auseinandersetzungen waren heftiger und kürzlicher, als die „rote Jahre“ sie dargestellt hat. Dieses Blatt, das sich eine Spezialität daraus macht, jede einzelne nach ihrer Auffassung von der Gesamtpolitik der Sozialdemokratie abweichende Stimme der Parteipresse sorgfältig zu registrieren und als Zeichen der „Zerfetzung“ zu bewerten (etwas anderes kennt die kommunistische Gedankenwelt kaum), hat es im eigenen Fall für richtig befunden, die Sturmzeichen des kommunistischen Parteitages als Gesandtschaftserscheinung zu bezeichnen. Wir wollen darüber nicht rechten, jedenfalls glauben wir auch nicht, daß die kommunistische Partei an den zutage tretenden ungewöhnlich starken Differenzen morgen oder übermorgen zugrunde gehen wird. Bei der Szene, mit der deutsche Arbeiter im allgemeinen an ihrer Organisation hängen, vollziehen sich solche Entwicklungen langsamer.

Auf dem Parteitag traten die Meinungsverschiedenheiten äußerlich als Gegensätze zweier Richtungen, der „Rechten“ und der „Linken“, auf. Die Rechte, unter Führung der Zentrale, die bei den Endabstimmungen die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigte und bei den Vertretern der russischen kommunistischen Partei Unterstützung fand, wurde auf das heftigste von der Opposition, die im wesentlichen aus der Berliner und Hamburger Delegation bestand, bekämpft. Die Mei-

nungsverschiedenheiten traten bei allen Beratungsgegenständen zutage und konzentrierten sich im wesentlichen auf ein und dieselbe Frage: Was soll die kommunistische Bewegung bei den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen ihren Anhängern sagen und wie soll sie die in ihr vertretene organisatorische Kraft eines bestimmten Teiles der Arbeiterbewegung politisch zur Geltung bringen? Die Anhänger der Zentrale sind zweifellos drauf und dran, wenn man ihre ganze Deduktion des besonderen durch die kommunistische Propaganda bedingten Wirkungskreis entleidet, den, wenn auch noch so schüchternen Versuch zu machen, den deutschen Tatsachen mehr Rechnung zu tragen, als das von der kommunistischen Partei bisher offiziell geschehen ist.

Schon das Manifest, das am ersten Tage vom Parteitag angenommen wurde, enthält, wenn auch in verächtlicher Verkleidung, ein Bekenntnis zu derselben Politik, die die Sozialdemokratie als Erfüllungspolitik betrieben hat und die von den Kommunisten bisher auf das schärfste bekämpft wurde. Das Wesentliche aber ist, daß ein Teil der Kommunisten allmählich zu der Überzeugung kommt, daß von einer revolutionären Diktatur des Proletariats heute nicht mehr die Rede sein kann, daß auch eine Zertrümmerung der Sozialdemokratie, die ihnen noch vor kurzem als verhältnismäßig einfach und selbstverständlich erschien, ausgeschlossen ist, und daß die Arbeiterbewegung mit der Tatsache rechnen muß, daß zwar auf der einen Seite die kapitalistischen Kräfte nicht mehr unumschränkt das Feld beherrschen, auf der anderen Seite aber auch die Arbeiterschaft nicht imstande ist, allein das Heft in die Hand zu nehmen. Die Kommunisten suchen diese Erkenntnis mit Hilfe von für den Fernstehenden reichlich schockhaft anmutenden Beweisführungen durch das Wort „Arbeitertzerregung“ auszudrücken.

Der rechte Flügel der Kommunisten bezeichnet diese Arbeiterregierung als eine „Regierung aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften“, er betont die Notwendigkeit, mit den übrigen Arbeiterorganisationen, nicht nur zum Zwecke der Entlastung, sondern auch zur Führung gemeinsamer Kämpfe, zu verhandeln, und er glaubt, der Koalitionspolitik der Sozialdemokratie eine „rein proletarischen Klassenpolitik“ entgegenzusetzen zu müssen. Daß eine solche rein proletarische Klassenpolitik, wenn diese Gedankenansätze überhaupt richtig wären, bei den von den Kommunisten selbst zugegebenen Machtverhältnissen auch mit den Kräften der bürgerlichen Welt zu rechnen hätte, so daß es darum wirklich schwierig ist, einzusehen, wo nun eigentlich der prinzipielle Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Taktik und diesem neuen Versuch der Kommunisten, den Tatsachen gerecht zu werden, sein soll, das kommt natürlich in ihren Diskussionen noch sehr wenig zum Ausdruck.

Der rechte Flügel wird bei diesem letzten Versuch, die kommunistische Bewegung aus einer zur Ausichtslosigkeit verurteilten Propagandaveranstaltung zu einem politischen Faktor zu machen, aufs heftigste von der linken Opposition angegriffen. Diese Opposition wirft der Zentrale vor, daß solche und ähnliche Gedankenansätze dazu führen müßten, das „Endziel“ zurückzusetzen und alle Energie auf die Lösung „augenblicklicher Stappenziele“ zu verwenden. Die Linke leugnet, daß es möglich sei, irgendwelche Erfolge für die Arbeiterschaft zu erzielen, ohne die „Machtfrage“ aufzurufen, ohne zum Bürgerkrieg entweder offen aufzurufen oder doch mit seinem sofortigen Eintritt zu rechnen.

In ihrem Angriff auf die Taktik der Zentrale ist sie wesentlich dadurch geschwächt, daß auch die radikalsten Kommunisten bereits von dem Wurm des Zweifels angegriffen sind. Auch sie wissen bereits, daß ihr dauernder Aufruf zur „Aktivität“, zum „Generalstreik“ und zu „Aktionen“ an den Verhältnissen scheitern muß. Aber sie sind stark durch den Rückhalt an den größten Organisationen der KPD, und sie haben bei den Massen der kommunistischen Arbeiter zweifellos die Logik des gradlinigen Fanatismus für sich. Wenigstens ihnen Theilnehmer bekennt, daß sie einen „vollkommenen Mangel an Urteil über die tatsächliche Lage, über die Möglichkeit und Notwendigkeiten des Klassenkampfes“ an den Tag legen, so waren sie doch auf dem Parteitag stark genug, um den exponiertesten Vertreter des rechten Flügels aus der Zentrale hinauszu drängen und dafür einige ihrer Vertreter in die Zentrale zu wählen. Ihr Einfluß war auch stark genug, um den Sturz der tatsächlichen Regierung herbeizuführen, den die Rechte vielleicht nur deswegen in Kauf nahm, weil sie nicht genug war, bei dieser Gelegenheit an die Bildung einer tatsächlichen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung zu glauben.

Die Sozialdemokratie kam aus den Verhandlungen des kommunistischen Parteitages nur den einen Schluß ziehen, der vielleicht für die Zukunft wenigstens etwas Tröstliches in sich hat: Die Tatsachen des realen politischen Lebens setzen sich auf die Dauer auch bei den Kommunisten durch. Welche Konsequenzen das für die kommunistische Bewegung haben muß, ist heute sehr schwer zu sagen, weil die Entscheidung darüber nicht

in Deutschland, sondern in Rußland gefällt wird. Ob nun die kommunistische Partei sich zu einer radikalen oppositionellen Arbeiterpartei entwickelt oder ob das Übergewicht des linken Flügels so stark wird, daß in neuen Aktionen die Energie des Kommunismus sich reflexiv verpufft, so oder so ist das Schicksal des Kommunismus festgelegt. Auf welchem organisatorischen Wege er zu Ende geht, ist dabei eine Nebenfrage. Entscheidend bleibt, daß auch die deutschen Kommunisten sich den geschichtlichen Notwendigkeiten auf die Dauer nicht entziehen können und daß diese Einsicht bei ihnen verstärkt werden kann, wenn sie die Unerschütterlichkeit und Geschlossenheit der sozialdemokratischen Bewegung noch deutlicher als bisher zu spüren bekommen.

Die Hungerbilanz des Bolschewismus.

Vor 4 Jahren erschien aus der Feder des Sozialrevolutionärs Dimitry Gawronski die Schrift „Die Bilanz des Bolschewismus“. Sie eröffnete bereits tiefe Einsichten in die Mißwirtschaft despotischer Gewaltspolitik, die mit terroristischen Mitteln einer neuen Gesellschaft zur Geburt verhelfen wollten. Aber bei Gawronski blieb es noch bei der bloßen Anführung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Sowjetrepublik. Jetzt ist die angekündigte Katastrophe in ihrer ganzen Fruchtbarkeit ausgedbrochen und hat das große, an unerschöpflichen Kräften so überreiche Rußland in ein grauenvolles Sterbelager verwandelt.

Die Literatur über Sowjetrußland hat große Dimensionen angenommen und doch liefert sie erst jetzt zwei Schriften, die in gedrängter Kürze die erschütternde Tragödie des russischen Volkes zusammenfassen. Th. Dan, Mitglied des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, hat (soeben die beiden Broschüren: „Der Arbeiter in Sowjetrußland“ und „Gewerkschaften und Politik in Sowjetrußland“ im Verlag F. H. W. Dieck Nachf., Berlin-Stuttgart, herausgegeben. Von läßt offizielle Tatsachen und Zahlen über die kommunistische Wirtschaftspolitik sprechen und das bolschewistische Regiment durch Bolschewisten verurteilen. Im Mai 1917 riefen sie nach dem großen Mittelteil der Arbeiterkontrolle, im September 1921 erklärten sie: Der Betriebsauschuss darf keine Kontrollfunktionen ausüben. Die Nationalisierung erweist sich als ein die Wirtschaft zerstörender Fehlschlag; die zwangsweise Militarisierung der Arbeit zeitigt minimale Ergebnisse und stellt sich als eine unjännige Vergeudung von Menschenschafft und Volksgütern dar. Die bolschewistische Agrarpolitik und das System der Zwangsablieferung führen zum rapiden Rückgang der landwirtschaftlichen Anbaufläche. Die Zahl der industriellen Arbeiter war schon Anfang 1919 auf mehr als zwei Drittel zurückgegangen. 1921 waren nur noch 900.000 Arbeiter in den industriellen Betrieben tätig, aber die Zahl der Sowjetangestellten war auf zwei Millionen gestiegen. Der Arbeiter verdiente höchstens nur noch ein Zehntel des Vorkriegeslohnes und dem staatlichen Arbeiter blieb Stiefel und ein Viertel seines Hungerlohnes noch schuldig. Der Achtstundentag wurde nie durch einen 12- bis 17-stündigen Arbeitstag verdrängt. Frauen- und Kinderarbeit nahmen erschreckend zu, und ein Massensterben der überangetrennten und erbärmlich ernährten Arbeiter legte ein. Einige Gewerkschaften mußten sich in der letzten Zeit ausschließlich mit der Forderung von Särgen beschäftigen. Die soziale Fürsorge einer früheren Zeit ist fast vernichtet worden. Die proletarischen Massen verhungerten und die neuen Reichen trieben einen wahnwitzigen Luxus. Denn eine neue Bourgeoisie hat dieser merkwürdige „Kommunismus“ geschaffen. Die Gewerkschaften verloren jeden Rest von wirtschaftlicher Selbstständigkeit, sie wurden verstaatlicht und verknüpften zu Organen der kommunistischen Partei. Die Bolschewisten betrachten die Streiks als Staatsverbrechen und nahmen den Gewerkschaften jede Möglichkeit auf, sich zu wehren. Auf dem 5. Allrussischen Gewerkschaftskongress mußten die roten Gewerkschaften die niederschmetternde Kunde vernehmen: „Die Erhöhung des Lohnes bis zum Existenzminimum ist gegenwärtig unter den herrschenden Verhältnissen der Volkswirtschaft eine Illusion.“ Vollständig hat die Sowjetrepublik mit ihrer Parole: „Alle Macht den Räten“ nie bestanden. In Wirklichkeit existierte nur die Diktatur der kommunistischen Partei. Die Diktatur des Proletariats wirkte in die Selbstherrlichkeit von 5 bis 10 Personen aus. Das Sowjetregime ist völlig abgestorben; jede Rede, jede Pressefreiheit ist erdrückt, und die Gefängnisse sind mit sozialistischen Proletariats überfüllt. Ein Symbol der russischen Diktatur des Proletariats! Wir kennen in der sozialistischen Literatur keine Schrift, die so hell das ganze Schwindelgebäude des russischen „Kommunismus“ durchleuchtet und so überzeugend für die Ideale des demokratischen Sozialismus wirkt, wie die Broschüren des Genossen Dan. Sie sollten in großen Massen in der deutschen organisierten Arbeiterschaft verbreitet werden.

Belle-Blante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

17. Fortsetzung.

„Sie wissen, wie gern Fräulein Luise scherzt, Herr Desallemagnes; aber selbst wenn sie im Ernst reden würde, läge es nicht Ihnen ob, sie zu leiten? Soll die Kuh den Hirten führen? Entweder sind Sie der Vater oder Sie sind es nicht; wenn Sie es nicht sind, warum gestatten Sie, daß man Sie den Vater Desallemagnes nennt?“

„Seitdem ich im Kirchenrat sitze, nennt man mich Herrn Desallemagnes.“

„Nun wohl, Sie sind jetzt und in Zukunft für mich Herr Desallemagnes, aber Sie wissen gar wohl, daß die Weiber nichts von Geschäften verstehen. Was beim Notar festgemacht werden muß, läßt nicht in ihr Fach. Sprecht ihnen von den wichtigsten Vertretungen und sie laufen aus Fenster, wenn sich eine Geige hören läßt. In einem Weiberkopf einen ernsthaften Gedanken bringen zu wollen, ist, als wolle man einen Eichbaum in eine Eierschale pflanzen.“

„Ich verstehe keine Gründe wohl, aber wenn Luise dir nicht gut ist?“

„Gehören Sie etwa zu denen, die glauben, daß die Liebe nötig ist, um eine wohlgeordnete Ehe zustande zu bringen? Was ist ein Mann und eine Frau, die sich heiraten? Zwei Wesen verschiedenen Geschlechts, die sich vereinigen, um gemeinsam zu arbeiten und ihren Stamm fortzupflanzen. Wenn die Frau ihrem Mann gute Suppen kocht und ihm seine Hemden ordentlich wäscht, wenn der Mann der Frau seinen Wochenlohn nach Hause bringt, und nur Sonntags in die Kneipe geht, lieben sich denn diese beiden Wesen nicht genügend? Sie sind gezwungen, unter einem Dache, vor einem Herd, in einem Altanen zu leben. Ist es überhaupt unerlässlich, sich zu lieben, um zusammen zu leben? Nicht wahr, der Soldat seinen Bettkameraden? Muß man, wenn man Hühner zu paaren will, solche Julianten, die sich lieben? Lieben die Raben sich untereinander? Hindert sie das trotzdem, in vollkommener Einigkeit in derselben Hölle zu wachen? Und haben Sie selbst Ihre Frau, auf deren Grab Sie schreiben ließen, daß sie das Mutter aller Frauen war, geliebt, als Sie sich heirateten? Ich sage Ihnen, Vater Desallemagnes, in unserer Gesellschaft heiraten ist nicht die Passion, sondern die Vermögen. Ein weibliches Weib heiratet ein männliches, wenn zwischen ihnen kein zu großes Vermögensverhältnis in Bezug auf Fruchtbarkeit und Ausdehnung besteht. Wenn aber ein Goldstück einen Kupferheller heiratet, so würde ich das eine Amoralität, eine logische Verwirrung, einen

Ingeß nennen. Uebrigens, Vater Desallemagnes, wie lange hält bei denen, die sich heiraten, die Liebe an, vorausgesetzt, daß Liebe vor der Heirat vorhanden ist? Seht, Vater Desallemagnes, ich kann die Liebe nicht besser vergleichen, als mit dem Durst. Sobald man getrunken hat, verschwindet der Durst und sicher fühlt man sich bald wohl. Die Neuwahlten, Vater Desallemagnes, machen es mit der Liebe wie die Verdämmter mit dem Gelde; sie geben alle Tage so viel davon aus, daß sie nach einem Monat erschöpft ist. Seht Euch um, wie alle Liebeshirten ausfallen. Am ersten Tage küßt der Mann die Frau, am zweiten wendet er ihr den Rücken, am dritten schlägt er sie. Die jungen Leute bilden sich wahrhaftig wunderbare Dinge über die Ehe ein. Der Tor heiratet eine Kofe und findet am nächsten Morgen nur einige welcke Blätter auf seinem Kopfkissen. Aber, der Kluge, wissen Sie, Vater Desallemagnes, wen der Kluge heiratet? Er wählt sich eine Geißel! Man sollte den Mädchen gar nicht erlauben, sich vor dem sechzigsten Jahre zu verheiraten.“

„Es ist etwas Wahres an dem, was du sagst, aber nicht nur, daß meine Tochter dich nicht liebt, sie liebt sogar, wie es scheint, einen anderen. Es gibt in der Welt einen gewissen Cornelius.“

„Wer? Ich? Cornelius? Den Verächter, den Gelehrten, Philosophen, Mathematiker, Chemiker, Erfinder? Seht, Vater Desallemagnes, Ihr wäret der Würdige aller Väter, wenn Ihr Eure Tochter dem Cornelius gäbet. Aber das werdet Ihr nicht tun, das weiß ich. Ihr würdet lieber dreißig gerächelten ehrethätigen Aufforderungen Trost bieten.“

„Ich will tun, was ich kann, um Luise zur Verzweiflung zu bringen, denn nach allem bist du ein Junge, der keine schönen Güter hat. Aber wenn meine Tochter mit dir unglücklich würde?“

„Was reden Sie da, Herr Desallemagnes? Eine unglückliche Frau mit fünf- oder sechstausend Franc Rentel! Ihre Tochter würde mit mir die glücklichste Frau im ganzen Bezirke sein. Ich würde ihrthalben auf meine Sparsamteitsgrundzüge verzichten, ich würde sie nicht aufs Feld schicken und ihr erlauben, Kuchen zu backen oder den ganzen Tag kleine weibliche Handarbeiten zu machen, zum Beispiel kleine Rahmkäse. Aber was müßte sie bei Cornelius machen, dem elenden Gelehrten? Er würde sie zwingen, seine Fußstapfen zu kopieren.“

„Du hast schon reden, ich kann dir keine Antwort geben, ohne mit Luise gesprochen zu haben.“

„Nun wohl, werdet Ihr morgen in Clamecy bei der Holzversteigerung sein?“

„Ich bin dort. Und du?“

„Ich werde mal hinfommen, aber die Hölzer sind um die Hälfte zu teuer, ich werde kein Hebeselbst abholen.“

„Nun gut, ich werde dir dort Bescheid sagen.“

„Während dies geschah, bereitete Luise sich vor, zur Messe zu gehen. Sie las halb angekleidet oder halb ausgekleidet, wenn auch das anmutiger klingt, einen Brief, den Madame, ihre treue Dienerin, ihr eben aus Clamecy gebracht hatte. Der Brief war von unserem Freunde Cornelius und lautete folgendermaßen:

„Non fempere imbrus nubibus marant! ... Verzeihe meine Zerstreung, Luise, das will sagen, daß Fortuna endlich aufgehört hat, uns unglücklich zu sein. Ich habe in meiner Mappe eine großartige Erfindung, eine Erfindung, die uns Ruhm und Reichtum verspricht: Ruhm für uns beide und Reichtum für dich, Luise! Ich sage: Ruhm für uns beide, weil der Ruhm eines großen Mannes keine Strahlen auch auf die Frau wirft, die seinen Namen trägt; und ich sage: Reichtum für dich allein, denn was brauche ich für mich? ... Besserte, Bordeaux, Kaffee, Munsch und von Zeit zu Zeit drei bis vier arme Teufel von Gelehrten um meinen Tisch. Habe ich das, so kümmerst du mich um das Geld, wie ein fatter Hund um einen Knochen. Du aber, Luise, sollst alle Tage feidene Kleider tragen, die ein harmonisches Frau-Frau zusehen, und ich will dich in ein Reich von Spitzen einhüllen.“

„Ich glaube, daß du weißt, was ein Luftballon ist, aber für den Fall, daß du es nicht weißt, will ich dir diese faszinierende Maschine erklären. Der Luftballon, ursprünglich Mongolfiere, nach dem Namen seines Erfinders genannt, ist ein großer Beutel von Luffet oder gummiertem Leinwand, den man mit Wasserstoff füllt. Da dieses Gas ungefähr vierzehnmal leichter ist als die atmosphärische Luft, so trägt es seine Hülle mit sich empor. Bisher war diese bewundernswürdige Erfindung ohne Erfolg geblieben oder hatte wenigstens keinen anderen hervorgebracht als den, die Tagediebe auf den öffentlichen Plätzen zu verjammeln und am Tode einer großen Menge von Raketen und einiger berühmter Männer schuld zu sein; bis jetzt mußte der Herrmann, d. h. der Luftschiffer, sich den Luftströmungen überlassen; wie die Flügel des Adlers entfallene Feder mußte er dorthin gehen, wohin der Wind ihn tragen wollte. Ich, Cornelius Belle-Blante, habe das Mittel erfunden, den Luftballon zu lenken. Er wird meiner Hand so gehorlich gehorchen, wie die Barke dem Ruder des Schiffers gehorcht, und ich werde ihn quer durch die weiter Gefilde der Lüfte führen wie ein Pferd, das man am Zügel hält. Wenn Belle-Blante noch vor dir zu sagen wagte, daß ich zu nichts taue, so würdest du ihm antworten: „die Natur hat dem Menschen nur vier nackte, schwache Gliedmaßen gegeben; der erste, der ein Wort zum Schwimmen lehrte, gab ihm die Flossen des Fisches; der zweite hat ihn mit den Fittigen des Vogels beehrt.“

Fortsetzung folgt.

Volkswirtschaft.

Von Rekord zu Rekord.

Der Dollar hat in der letzten Woche mit einer amtlichen Notierung von fast 50 000 einen neuen Rekord erreicht. Seine Notierung am Wochenende, wo die Devisenhausse wieder abgeklaut war, liegt mit 37 250 immer noch um 10 000 Punkte höher als am Ende der vergangenen Woche. Die Polenmark stand in den letzten Tagen immer besser als die deutsche Mark. Die Verkäufer spürten in schroff ansteigenden Lebensmittelpreisen die machende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Rubelbezüge tragen. Und weil sie befürchten müssen, daß ihre Widerstandskraft mit der steigenden Teuerung gelähmt wird, weil sie aus diesem Grunde von der Regierung Unterstützung fordern, werden sie von den Sprachrohrern der Bolschewiken dummer Mißverständnisse bestrahlt. Das Organ des Herrn Stianes kann sich nicht verhehlen, immer wieder auf die angeblich verfehlte Erfüllungspolitik hinzuweisen und vergißt ganz, daß sie selbst einmal das Kabinett Cuno des Halses gefehert hat, weil es diesem gelungen sei, den Dollarkurs von 5000 auf 7000 zu senken. Heute steht er auf dem Vier- und Fünffachen des Rekordes, den er unter dem Kabinett Wirth erreicht hat. Und die um Stianes Schweigen und — führen Kohle ein. Die Altenturke aber zeigen, daß um Verluste des Kapitals niemand fürchtet. Im Gegenteil. Ein Börsenblatt verzeichnet mit Genugtuung, „daß die Industrie jetzt endlich die Angst vor der Ausschüttung der entsprechenden (!) Papiermarkt-Dividenden verloren hat“.

Zunehmend ein bemerkenswerter innenpolitischer Erfolg des Kabinetts der Arbeit zu einer Zeit, wo die Kohlenperle in Kraft gerieten ist, wo Wucher und Spekulation gewaltig im sich greift, und wo die Kenner der Verhältnisse jede Aktivität der Regierungstellen auf diesem Gebiete vermissen. Man scheint an den leitenden Stellen den Ernst der Lage immer noch zu verkennen und Fortsetzungen der Arbeiterkämpfe, die mit den bereits entgegengesetzten Kleinrentnern der leidende Teil des politischen Kampfes sind, der nun einmal ausgefochten werden muß, als Agitationsreden anzuhören. Sonst würde man sich nicht mit kleinen Maßnahmen begnügen, sondern großzügig die Bekämpfung des Salutes einleiten. Es ist gewiß kein Zufall, daß zur selben Zeit, wo Gen. Schmidt im Reichstag einschiedene Maßnahmen gegen die Devisenspekulation forderte, ein Junker oft gegen die Sozialdemokratie ausgesprochenen Wirtschaftskritiker, Richard Calwer, vom Standpunkt der Staatsfinanzen aus eine Stabilisierungspolitik zugunsten der Mark verlangt, die darin besteht, aus den zahlungsunfähigen Kreisen 5 bis 4 Milliarden Geldmarkt in einem Jahr durch Steuern herauszuholen. Maßnahmen zur Verminderung der Gütergewinnung, zur Steigerung der Arbeitsleistung und zur größten Erspartheit im häuslichen Haushalt haben erst dann einen Zweck, wenn der Inflationspolitiker ein billiges Ende gemacht wird. Nichts anderes hat die Sozialdemokratie immer bezogen.

Es ist Zeit, daß man sich auf die Aufgaben, die der Reichsregierung aus der Not des Volkes erwachsen, ernstlich bekennt.

Wenn der Dollar von Rekord zu Rekord steigt, der Besitz von Steuern gekont wird, die Nahrungsmittel täglich teurer werden, so helfen keine Hoffnungen auf französische Enttäuschungen, sondern nur Taten. Das arbeitende Volk ist gewillt, den Abwehrkampf um die Ruhr zum guten Ende zu führen. Aber gerade, weil es das will, kann man nicht stumm zusehen, bis wachsende Arbeitslosigkeit und Teuerung den Kampfeswillen unterkühlen, während die Sachwertbesitzer triumphieren.

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1922.

Für den Außenhandel Deutschlands im letzten Jahre liegen die Mengenergebnisse nunmehr vor. Nachdem der Monat Dezember gegen den Vormonat eine Verminderung der Einfuhr von 45,5 auf 43,2 Millionen Doppelzentner und eine Erhöhung der Ausfuhr von 15,5 auf 17,8 Millionen Doppelzentner gebracht hatte stellt sich das Ergebnis des Jahres 1922 auf 458,7 Millionen Doppelzentner in der Einfuhr und 215,6 Millionen Doppelzentner in der Ausfuhr.

Ein Vergleich mit den Mengenzahlen von 1913, die sich allerdings auf das damals größere Wirtschaftsgebiet erstrecken — Einfuhr 728,2, Ausfuhr 737,1 Millionen Doppelzentner — zeigt, daß die mengenmäßig die Einfuhr auf 63 v. H., die Ausfuhr auf 29 v. H. der Vorkriegshöhe zurückgegangen ist. Wesentlich anders gestaltet sich das Bild, wenn man von den Außenhandelswaren die Steinfahler abzieht, die immerhin vor dem Kriege für die Mengen des deutschen Außenhandels eine erhebliche Rolle spielten, ohne daß der Wert dieser Einfuhr und Ausfuhr für die Handelsbilanz von ausschlaggebendem Einfluß war, da Kohle ein verhältnismäßig billiges Massengut ist. Der Außenhandel aller übrigen Waren, außer Kohle, betrug dann im letzten Jahre 33 Proz. der Vorkriegseinfuhr und 42 Proz. der Vorkriegsausfuhr.

Bedenkt man, daß die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit, entgegen den Forderungen vieler Interessenten, darauf gerichtet war, die Einfuhr von hochwertigen Fertigfabrikaten zu verhindern, diejenige von Rohstoffen aber zu begünstigen, während auf der anderen Seite der Export hochwertiger Waren keine Hemmung erfuhr, so müßte sich aus den vorstehenden Zahlen ergeben, daß die Pallidität der deutschen Handelsbilanz im Schwinden begriffen war.

Die Steigerung des Ruhrgebietes hat diese Sachlage verändert. Die Wertziffern für den Außenhandel liegen bisher nicht vor.

Die Preissteigerung im Großhandel.

In der Hand der Großhandelspreise von 44 Waren berechnet die Industrie- und Handelszeitung den durchschnittlichen Preisstand im Großhandel auf das 68,5fache des Vorkriegsstandes. In der letzten Woche allein eine Steigerung um 68,5 Proz. Die gewaltige Erhöhung des wöchentlichen Preisniveaus ist wesentlich bedingt durch die starken Erhöhungen der Sandkastpreise für Kohle, Kalk und Eisenwalzfabrikate in der letzten Woche.

Devisen-Kurse.

Berlin, 6. Februar.

Amthche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	5. Februar.	6. Februar.
Amsterdam	1 fl. 16758.—	14563 50
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs. 2269.88	2014.95
Kristiania	1 Kr. 7880.25	6982 50
Kopenhagen	1 Kr. 7880.25	6907 68
Stockholm	1 Kr. 11221.87	9875 25
Helsingfors	1 finn. Mk. 1055.87	917 70
Rom	1 Lire 2009.96	1785 52
London	1 £ 198003.75	172567 50
New York	1 Doll. 42144.87	37186 87
Paris	1 Frs. 8603.47	2344 12
Zürich	1 Frs. 7940.10	6982 50
Madrid	1 Pesetas 6618 49	5785 50
Wien	100 Kr. 58.55	52 46
Prag	1 Kr. 1221.93	1074 30
Budapest	1 Kr. 15.81	14 46

Neue Bücher.

(Sämtliche hier besprochenen und aufgeführten Bücher sind durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu beziehen.)

Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923. Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. Volkerverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pflügerstraße 5. 288 Seiten. Taschenformat. Gebunden Januarpreis etwa 1600 Mk. Teuerungszuschläge für später vorbehalten. Dieses handliche inhaltreiche Taschenbuch ersetzt eine ganze Bibliothek und ist ein vielseitiger Führer durch die Fülle der wirtschaftlichen und rechtlichen Einzelfragen, die sich dem Arbeitnehmer im Tageskampfe, beim Zeitungslesen, in Versammlungen, bei Beratungen von Kollegen entgegenrücken. Aus dem reichhaltigen Inhalt des Buches nennen wir folgende Fragen: Oberschleiers Verlust. Das neue Rußland. Was erhofft bisher die Endente? Wichtige Reichsgesetze. Die kommunalistische Verwaltung. Unternehmensrechtsformen. Unternehmervereine. Kartelle und Trusts. Wirtschaftliche Selbstverwaltungsförderung. Angestelltenversicherung. Unfallversicherung. Wochenlohn. Wochenlohn. Arbeitnehmer-schutz. Stellen- und Arbeitsvermittlung. Reichsmietengesetz. Lohnsteuer. Einkommensteuertabelle. Volkshochschule. Freie Volksbildung. Valutafragen. Teuerungszuschläge. Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung. Arbeitslosigkeit. Auswanderung. Steuern usw.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat, Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Interate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., familiär in Lübeck.

Amthcher Teil

Das Krieg- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 9 vom 6. Februar 1923 enthält: (12685) Bekanntmachung betreffend Befreiung des Umlandes — Späterer Nachtrag zu der Verordnung vom 9. November 1922, betreffend den Verkehr mit Getreidemehl und ähnlichen Warenmehl — Späterer Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 8. November 1922, betreffend die Befreiung des Umlandes für die gesamte juristische Wertschätzung — Nachtrag zu der Bekanntmachung, die bei Bekanntgabe der vom Staat Gebot, betreffend die angestrichelten Güterbestände auf dem Güterbesitzstand zu berücksichtigen sind. (12686)

Abbruch.

Der am 31. 1. 23. abgebrochen bei der Bekanntmachung ist der Abbruch verbleibt werden. Bekanntmachung auf dem Sonntag, Sonntag, 2. 2. 23. 1923. — Eingetrag. bis 24. Februar. 1923. Nr. 4. Februar 1923. (12686) Referent: Amt I.

Bekanntmachung.

Der am 31. 1. 23. abgebrochen bei der Bekanntmachung ist der Abbruch verbleibt werden. Bekanntmachung auf dem Sonntag, Sonntag, 2. 2. 23. 1923. — Eingetrag. bis 24. Februar. 1923. Nr. 4. Februar 1923. (12686) Referent: Amt I.

Nichtamtlicher Teil

Im Bureau 1. 4. 23. 1923, enthält: (12685) Bekanntmachung betreffend Befreiung des Umlandes — Späterer Nachtrag zu der Verordnung vom 9. November 1922, betreffend den Verkehr mit Getreidemehl und ähnlichen Warenmehl — Späterer Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 8. November 1922, betreffend die Befreiung des Umlandes für die gesamte juristische Wertschätzung — Nachtrag zu der Bekanntmachung, die bei Bekanntgabe der vom Staat Gebot, betreffend die angestrichelten Güterbestände auf dem Güterbesitzstand zu berücksichtigen sind. (12686)

Richard Bushmann
Bekanntmachung u. Verordn. des G. u. H. Nr. 9 vom 6. Februar 1923.

Theda Bushmann geb. Berkant.
Geb. am 2. 2. 1923. (12686)

Verordn. des G. u. H. Nr. 9 vom 6. Februar 1923. (12686)

Bushmanns Restaurant
Vom Samstag ab Donnerstag, dem 6. Februar, ab etwa 12 Uhr für den Tag geschlossen. (12687)

S. P. D.
Seit Jahresbeginn sind folgende Mitglieder verstorben:
Marie Helmmann.
J. Belsler.
J. Lange.
Brauns.
E. Klähn.
W. Bleus.
Clauser.
Schwarzweber
B. Gale.
E. Teß.
Ehre (12688) lozem Andenken! Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Frankenstraße Lübeck.
Am 9. Febr. starb unser Kollege, der Arbeiter (12688)
Edvard Teß.
Ehre lozem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 7. 2., nach 8 1/2 Uhr auf dem Born-Friedhof statt. In Anwesenheit.

Gesucht ein (12692)
Hausmädchen
nicht unter 20 Jahren. Gewerkschaftshaus.
Lehrmädchen
15-17 Jahre, gel. (12694)
Hiel. Fleischgeschäft 56.
Junge u. Kauf. gel. (12695)
Lamm. Fleischn. 114.

Säcke,
gebraucht, 50 und 100 Kilo Inhalt, zu kaufen gesucht. (12675)
Carl Schmalfeld, In der Hauptstr. 11.

Jede Warenentnahme im Konsumverein kauft die Selbsthilfe der Verbraucher gegen Uebervorteilung!
126746

Am 2. d. Febr. ent- schied sich nach lang. in Grund ge- trogenen Leiden um 87. Lebensj. mein lieber Mann, mein Kind, lieber Vater **Bernhard Gale.** Es ist betrauert und schmerz- lich für mich u. meine Kinder. **Jenny Gale** geb. auf u. alle Angehörige. Beerdig. Mittwoch, 7. Febr., 2 1/2 Uhr Born-Friedhof. (12687)

Kleider- und Küchen- schrank z. kaufen gesucht. Krause, Allee 83a. (12674)
E. gute silb. Herren- Remonte-Uhr u. eine Zigar u. verk. Zu erfr. in der Gyn. d. Bl. (12690)

Millionenfach erprobt
Salomba
Wäscht sparsam, bequem und schnell.
Schumann & Wille, Wittenberge.

Margarine billig
weit unter Fabrikpreis
2950, 3400, 3600 pro Hl.
bis Mittwoch abend 6 Uhr
Lübecker Margarine-Zentrale
A. Dreessen. (12684)

Biophon
3 große Schläger:
Der Graf von Monte Christo.
Das Geheimnis des Sträflings.
Die größte aller Filmsensationen.
Das Gesetz der Natur.
Atemraubender Indianerfilm.
Baby.
Originelles Lustspiel in 3 Akten. (12698)

Luisenlust. Morgen
Mittwoch **Gr. Ball**
vom Sparklub „Reell“. (12677)
Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Kolosseum
Morgen Mittwoch:
Grosser Ball
Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr.
12676 Joh. u. R. Mittag.

Opera-Theater.
Heute Dienstag 7 1/2 Uhr
Zum 15. Male
Madame Pompadour
mit Lissy Niemez in der Titelrolle.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr
„Madame Pompadour“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Henri Vahl als Raffe in
Familie Raffke.
Freitag, 7 1/2 Uhr zum ersten Male!
Boccaccio.
mit Lissy Niemez als „Boccaccio“. (12681)

Deutscher Metallarbeiter-Verband 12681
Verwaltungsstelle Lübeck
Versammlung
aller im **Schulungsfach** beschäftigt.
Monteure u. Helfer
am Mittwoch, 7. Februar
abends 7 Uhr
im **Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
1. Bücherrevision. (12680)
2. Lohnbericht. (12680)
Die Ortsverwaltung.
Stadmeier Lübeck
Dienstag, 7.30 Ab. A. Tiedland. (12685)
Mittwoch 7.30, Ab. A. Der Gastfreund, hier auf Die Argonauten.
1. Teil a. d. Trilogie: Vom goldenen Blieb.
Donnerstag, 6.30: H. A. Die Meisterfinger.
Freitag, 7.30: Ab. C. **Sals**

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 6. Februar.

Aus der Bürgerschaft.

Gegen den französischen Gewaltakt. — Das Amtsblatt. — Kinderpeinungen. — Jagdpächten. — Baugewerk und Seefahrtsschule.

Wie in allen Parlamenten wurde auch in der Lübecker Bürgerschaft gegen den Ueberfall der Franzosen in friedliches Gebiet Einspruch erhoben. Zuerst vom Wortführer, Genossen Ehlers, dann vom ständigen Senatskommissar Dr. Vermehren. Ein kleiner Unterschied, den wir bisher bei allen Republikanern wahrnahmen, ist auch hier zu verzeichnen. Der Wortführer unterstrich bei seinem Protest wiederholt die Tatsache, daß es der Erhaltung der Republik und des Fortschritts gelte; beim Herrn Senator dagegen schwebte dieses selbstverständliche Bekenntnis außerhalb des Lichterglans. Ueberflüssig zu betonen, daß die Sozialdemokratie mit größter Sorge dem mahnwichtigen Treiben der französischen Militär- und Kapitalistenklasse entgegensteht — aber die übertriebene Erhabenheit, wie Senator Dr. Vermehren Geistes und Pathos mimte, ließ doch tiefer Schürfende etwas ab. Das schien auch ein Grund für die Kommunisten mit zu sein, von derartigen rhetorischen Ergüssen etwas impulsiver abzurücken. Wir wissen mit Worten allein ist es nicht getan. Im Kampf um Recht ist es doch immer und überall das schaffende Volk, auf das es ankommt, das am meisten dulden und am stärksten aushalten muß. Wir lassen deshalb weder der Wut freie Zügel noch erstarben wir in Demut vor hohen Herren.

Ziemlich zusammengeflutet war die Bürgerschaft am Montag wieder, nachdem die Amtsblattfrage endlich entschieden war. Allerdings gab es auf den Vätern der Demokraten große Aufwülbler — sie schloßen wohl bei dem ersten Senatsantrage auf. Dafür postierten die Herren in der Colemanischen Zeitungsjahreszeit herum, die ja Mißmachpolitik als Großfabrikation betreibt. Sie hatten für den Amtsblattantrag einen Statistiker angestellt, der den Sozialdemokraten den Reinsfall bis auf ein Hundertstel nachrechnete, nach diesem Mathematikerfunktionsstück sich aber in die Junge bis und zähnefleischend den Kosen Rache schmer. — Den Racheeschwur für Sadoma leistete bei einer andern Gelegenheit auch der hübsche Herr Rasenquitt, der bekanntlich auf das noch roßlicher gerichtete Colemanische Zeitungsfabrikat eingeschmoren ist. Wenn sich der Verleger dieser Hanskatzen weiter so fortfrischt, dann können wir uns bei den nächsten Bürgerschaftswahlen auf Ueberfälle gefaßt machen, denen gegenüber die Poincares eine Bagatelle sind. Nur eines wäre noch anzuführen: vorläufig spizen die Bergkranten das Mündchen — ist es erst soweit, meine Herren, wir werden das von Euch so verpönte Meissen nicht vergessen.

(Wir schrieben diese Zeilen um die Mitternachtstunde und gemahnten beim Erwachen im Morgengrauen, daß die zwiespältige Politikerei in der Colemanischen Verdummungsanstalt zur Gefahr für die Willkürgehirne ausartete. Während uns der volksparteilich-demokratische Ableger des deutschnationalen General-Anzeigers hämisch einen Reinsfall aufhalten will, behauptet der Nährvater der Lüb. Neuest. Nachr., der General-Anzeiger, die Bürgerlichen hätten das größere Opfer gebracht. Demokratisch sei der Beschluß nicht. Und lehnstüchtig schließt der „Unparteiliche“ schon nach einer Revision des Geschehes über das Amtsblatt. Wir wundern uns weder über diese Colemanische Dialektik, noch erregen uns die Beringelungsschwüre der mit Stinnesbazillen infizierten Demokraten.)

Der elende Ernährungszustand der Kinder wurde kürzlich durch die Schulärzte festgestellt. Seit acht Jahren wird das Volk durch den äußeren und inneren Feind systematisch ausgehungert. Soll der um sich greifenden Tuberkulose und Strophulose Einhalt geboten werden, muß der Staat das Letzte anwenden, um den Hungerlich heruntergekommenen Kindern zu helfen. Staat und Reich geben Mittel, um die Sünden der deutschen Agrarier zu sühnen. Viel zu wenig ist es, was getan wird. Die Kommunisten fordern mehr, fordern alles — sie haben schon von der russischen Hungersnot und deren Folgen gehört — aber Rat, wo die Mittel hergenommen werden sollen, den geben sie nicht. Sie schlagen mit großen Worten um sich, mit denen nichts anzufangen ist und verweigern jene Kapitalisten, die uns in Stadt und Land noch verblieben sind. Letzte Demonstration, die sie auch bei der Gründung des Schulgeldes wiederholten, wobei sie recht ungehalten wurden. Solche Kapriolen sind wir allgemach gewöhnt. Nein, Frau Greve, auf wehleidige Klagen reagiert der Kapitalist nicht, man muß ihn schon bei den Hörnern fassen — doch bei diesem Zugreifen reißt der Kommunistenrump mit dem Tierchen fort. Genosse Passarge forderte im Vorbeigehen eine zentrale Zusammenfassung der gesamten Jugendfürsorge.

Die Jagdpächten gründlich auszunutzen, haben bisher nur wenige Gemeinden verstanden. Auch Lübeck nicht. Herr Hent vom agrarischen Stamm machte komische Klagen über die bescheidene Nutzung vorzubringen. Dr. Haun ließ im Namen unserer Fraktion endlich den Wertbarometer steigen, so daß die Herren, die in Wald und Flur herumjagen, wenn andere arbeiten, jetzt statt der vorgeesehenen 500 Mk., 30 000 Mk. für die Jagdverleihung zu zahlen haben. Zeitkarten auf drei Tage kosten 3000 Mark.

Um die Erhaltung der Baugewerk- und Seefahrtsschule kämpft die Rechte im Verein mit den Senatoren Dr. Vermehren und Dimpfer mit aller Rede- und Verwaltungskraft. Sonderbar, sobald es sich um Einrichtungen handelt, die vorzugsweise den Besizenden zugute kommen, da ist es mit den Unterhaltsmitteln gar nicht so schlimm bestellt. Das ist alles noch zu ertragen. Die Beschaffung der Mittel besorgt die Sozialdemokratie. Das hat gar ein Wohl sein. Die Sozialdemokratische Fraktion hat es fast, immer nach Mithras Anstehen zu halten, für die Einnahmen zu sorgen, während die andern die Ausgaben bewilligen. Genosse Haut ließ den Herren noch einmal Bescheidzeit. Schaffen sie bis zur nächsten Sitzung keine Einnahmegarantien, dann fliegen die Schulen unheimlich auf — trotz der senatsseitig unterstützten Drohungen der Lehrerschaft, sich auf Staatskosten lebenslang auf der faulen Haut zu wälzen — und trotz des dummen Kojenquittschen Bequales, das Stammbuch der Sozialdemokratie echt inunungsmeisterlich zu beschmutzen. Konsequent unarbeitsbare Schreiber kann auch einmal bei dieser Arbeit auf die Finger geklopft werden.

Unter den 32 Senatsanträgen — 16 wurden ohne Einspruch genehmigt — gab es da und dort zu monieren, aber gegen 10 Uhr waren sie doch in der Scheune.

Genosse Stelling

spricht heute Dienstag abend in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Gewerkschaftshaus über den Ueberfall des französischen Imperialismus auf Deutschland. Beginn 7 1/2 Uhr. Mitgliedsbücher vorzeigen.

Deutsch-Völkisches.

Vorige Woche sollte bekanntlich Herr v. Graefe-Goldbeck, der „deutschnationalen“ Abgeordnete für Mecklenburg-Lübeck, die Hanskatzen mit einem öffentlichen Vortrag beklüden. Es wurde nichts daraus und Graefe mußte seine Sekrede vor knapp 200 Gymnasialen, Reaktionsären und alten Weibern halten. Dabei stieg die Zuhörerschaft nur auf diese Höhe, weil man vor der Versammlungstür noch einige Duzend Neugieriger schnell zu Mitgliedern hemmelte. Das Versammlungserbot hat Graefe und seinen Schützlinge Dr. Witternurchthar verknäpft. G. bewachte sich bei der Regierung und beim Reichstagsrat. Im Reichstagsgericht vom Sonnabend ist es noch zu lesen.

Ran kommen die Lübeckerischen Angelegen, deren eifriger Mitarbeiter Graefe bis zum Buderstreich war, und bringen folgenden Auszug aus dem Hamburger Bismarckblatt:

Zur Begründung des Verbots der Verammlung des Abgeordneten v. Graefe in Lübeck habe die Lübeckische Regierung angeführt, in den Verhandlungen dieses Abgeordneten sei es fast immer zu lächerlichen Störungen der öffentlichen Ordnung, zu Kämpfen mit Stühlen und Biergläsern, gekommen. (Hehehehe!) — Es wäre interessant zu erfahren, auf welche Verhandlungen sich diese markante Schilderung der Lübeckischen Regierung bezieht.

Die Schlußbemerkung entweicht dem Weisheitsbrunnen der Lüb. Anz. Sie ist auch danach, wir wollen die Gedächtniswörter des Völkchenblattes etwas aufrichten. Vor etwa 2 Jahren hielt Graefe in den Stadtkassen eine kleine Rede, „vaterländisches“ Reden. Er kam gerade von Gremesmühlen, wo er in einer Verammlung verwickelt wurde. Graefe brach damals das Schüsselbein. Die Arbeiter konnten kein provozierendes Auftreten nicht mehr ersehen. Gläser und Stühle floßen dem Redner entgegen. Hehehe, wenn auch nicht ganz so schlimm, war der Erfolg seines hiesigen Auftretens. In den Stadtkassen wurde der ehemalige Landtagsabgeordnete damit sich Graefe mit Hilfe der deutschnationalen Vorstandsmitglieder retten konnte. Daß sich Herr Graefe weiter fort entwickelt, zeigt sein Eintreten für die Söldnergruppen in Gera, zeigte sich auch bei seinem Vortrag in Hannover, wo es eben inunterkunft herging. Wie sich der Inhalt seines Vortrages: „Einigkeit und Recht und Freiheit“ über die republikanischen Parteien ergoßen hätte, ist leicht anzubestimmen. In der Kolonnenversammlung heißt er folgende Thesen auf:

- Drei von dem Diktat von Versailles.
- Drei von dem Parlamentarismus.
- Drei von der Herrschaft des Judentums und des Börsenwelters.
- Drei vom Marxismus.

Um dieses mühseliche Ziel zu erreichen, müße sich der Deutsche die Worte der französischen Grenadiere zu eigen machen:

Was kümmert uns Weiß, was kümmert uns Rind, laßt sie hanteln geh'n, wenn sie hungrig sind!

Hier haben wir den Schlüssel zum Eintritte in die Pyramiden der Großdeutschen Freiheitspartei; die sich in München mit Nationalsozialisten verbündete und zu deren Mittelstütze für die Abwehr der Republik und Volkerechte aus die Lübecker Deutschvölkischen eine Abordnung delegierten. Hehehe, die Schlußlinie der Graefe und Konsorten neugierigen in München die Gewerkschaftsmittelbesitzer auf offener Straße.

Es ist das recht hunderbar, daß Herr v. Graefe weigert, sein Mandat niederzulegen, obwohl die deutschnationalen Wähler dies fordern und von ihm abzürden. Noch hunderbarer ist, daß Herr Graefe gegen den Parlamentarismus worte und zu gleicher Zeit im Parlament Saß für seine Partei saß. Die Deutschvölkischen wollen natürlich auch den Parlamentarismus, doch einen solchen letzten Angebendens, in dem sie Hahn im Korbe sind und das kaffende Volk, das ihnen ein Herrenleben sicher, unbeachtet ist. Dafür darf es schuffen und hüten für die Grokmüller und Döhrner. Die Arbeiter können sich für diese Gesellschaft totalisieren lassen und Frauen und Kinder hanteln lassen. Das ist die Moral der großdeutschen Freiheitspartei, die die Arbeiter schon längst in die Tat umgesetzt haben. Wenn nach diesen Andeutungen noch jemand glaubt, die Verammlung bei zu Unrecht verboten worden, der mag sich seinen eigenen Würgern verschreiben. Sein Erwachen wird mächtig genug sein.

Der Sering ist da!

Der grüne Sering kam in diesem Jahre sehr frühlich auf den Markt und war sehr teuer. 500—700 Mark wurden pro Fund gefordert. Nun werden aus Travemünde gewaltige Seringaschwärme gemeldet, die sich bereits in die Kinowadennetze verlaufen und die Fischerboote zum Brechen voll gefüllt haben. Sonnabend und Sonntag war in Travemünde Tag und Nacht Seringbetrieb. Auch der Verkehr nach Scharup und Lübeck war ununterbrochen im Gang. Wenn auch ein Preisabschlag bei diesen Massenflüssen zu erwarten ist, so wird dieses wichtige Volksernährungsmittel trotz allem zu einem teuren Gericht, da die Seetpreise zum Baden unerschwinglich geworden sind.

Eduard Teß f. Im Sonnabend starb im Alter von 60 Jahren unser alter Parteiveteran E. Teß. Schon in seiner Jugend hatte er sich der Partei und Gewerkschaft angegeschlossen und war lange Jahre als Kassierer tätig. Der Verstorbenen war auf dem Posten, wenn es galt für die Partei zu wirken. Unermüdet hat er die in früherer Zeit so schwierige Agitation für Partei und Gewerkschaft betrieben und manchen Arbeiter diesen beiden Körperlichkeiten zugeführt. Nun deutet auch ihr bald der kühle Regen. Die Lübecker Arbeiterpartei wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Achtung, Zimmerer und Schiffszimmerer! über die Schiffsverwertungsgesellschaft (Abwrack) in Steins ist wegen Nichtanerkennung des Tariflohns die Streik verhängt. Kein Kollege darf dort arbeiten. Zugang von Zimmerern und Schiffszimmerern ist fernzuhalten. Die Vorstände beider Organisationen.

Einstellung des Personenverkehrs auf der Guttn-Lübecker Eisenbahn. Wie die Direktion mitteilt, wird vom Mittwoch ab bis auf weiteres der gesamte Personenverkehr auf der Strecke Lübeck-Guttn und umgekehrt eingestellt. Es wird aber ein Notverkehr insofern eingerichtet, daß vormittags und nachmittags den Güterzügen Personenwagen angehängt werden.

Steuerveränderungen. Das Finanzamt teilt uns mit: Es sind bereits zahlreiche Anträge auf Verlängerung der Frist zur Abgabe der Steuererklärungen für die Einkommensteuer 1922 und die Vermögenssteuer eingegangen. Ueber diese Anträge wird erst entschieden werden, nachdem das Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuererklärungen in Kraft getreten ist. Ob mit einer allgemeinen Verlängerung der bisherigen Frist (28. Februar 1923) gerechnet werden kann, ist noch unbestimmt. Die Zusendung der Vorzüge der Vermögenssteuererklärung wird erst nach Inkrafttreten des genannten Geldentwertungsgesetzes erfolgen. Um spätere Berichtigungen der Einkommensteuererklärungen zu vermeiden, empfiehlt es sich, mit der Abgabe dieser Erklärungen solange zu warten, bis die durch das Geldentwertungsgesetz herbeigeführten Änderungen des Einkommensteuergesetzes bekanntgegeben sind.

Gedenblätter und Glückwunschkarten zur Jugendweihe. Der Ausschuss zur Vorbereitung der Jugendweihe in Leipzig hat auch in diesem Jahre wieder Gedenblätter herstellen lassen, die den die Schule verlassenden Kindern zur Feier überreicht werden sollen. Die Blätter haben eine Größe von 24x34 Zentimeter und sind in mehrfarbigem Druck ausgeführt. Der Preis stellt sich auf 100 bis 120 Mark für das Stück. Die Glückwunschkarten stammen von den Grafikern Bornschein und Zille. Lebensrische und die Jungerst auf ein besseres Diesseits leuchtet aus den Bildern. Der Preis der Karte beträgt 60—70 Mk. Elternräte, freigeistige und Parteiorganisationen werden gebeten, ihren Bedarf an Gedenblättern und Glückwunschkarten recht bald anzusummen. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut Leipzig, Braunkstraße 17.

Die hiesige Akademie der Wissenschaften machte unserer Stadtbibliothek ein sehr wertvolles, bemerkenswertes Geschenk: Sie überwies, einer Anregung der Bibliotheksverwaltung folgend, die bisher erschienenen drei Bände des reich ausgestattetem historisch-topographisch-statistischen Handbuchs: „Darmstadt Land und Volk“, herausgegeben von Daniel Bruun. Die spätere Ueberweisung der restlichen beiden Bände steht nach deren Erscheinen in Aussicht. Die große Sammlung nordischer Literatur in unserer Stadtbibliothek hat dadurch eine sehr willkommene bedeutende Bereicherung erfahren.

Ob Zeitgenossen wurden zwei Geiger, die in einem Seelad 60 Pfund Rohstoffe mitschleppten, den sie auf einem im Hafen liegenden Dampfer gekostet hatten. — Zeitgenossen wurde ein in der Adalstraße und ein in der Großen Altschule wohnhafter Arbeiter, die Rohstoffe im Werte von zusammen 100 000 Mark gekostet hatten. — Zeitgenossen wurden die Diebe, die in der Breiten Straße einen Schaufenster erbrachen und wertvolle Damengüter gekostet hatten. Es handelt sich um einen Mechaniker aus Ober-Rothbach und zwei in der Johannisstraße und Kupferkammerstraße wohnhafte Arbeiter. — Der Einbruchdiebstahl im Markt, bei dem den Dieben eine große Menge Schmuckstücke von hohem Werte in die Hände gefallen waren, fand durch die Ermittlung der beiden Täter in Person eines im Köhnhäusen und eines in der Federstraße wohnhaften Arbeiters keine Erledigung. Das Diebesgut konnte ihnen abgenommen werden.

Ob gekostet wurde von einem Hausboden in der Raffestraße ein Pfund mehliger Röhre, und aus einem in der Meislindeer Allee befindlichen Geschäft 9 Pfund Käse und 30 Pfund grüne Seife. — Einer in der Engelsgrube wohnhaften Ehefrau wurde, während sie auf kurze Zeit ihre Wohnung verlassen hatte, eine wertvolle Silber-Waage vom Tisch gekostet. Sie wurde in der Hand eines Arbeiters, hier erit zugereichten Mannes gefunden.

Ob Kindesausziehung und Kindesraub. Vor einiger Zeit wurde in Niendorf ein ca. 14jähriges Mädchen ausgelekt gefunden, das wegen seiner fremdsprachigen Sprache anfangs nicht zu entdecken war. Etwas nach vieler Mühe gelang es, zu ermitteln, daß das Mädchen Jacoborg Pawelowski heißt und von der ungarisch-schweizerischen Grenze stammt. Das Mädchen wurde vorläufig in einem Kinderheim in Niendorf an der Ostsee untergebracht. Von dort ist das Mädchen in letzter Nacht spurlos verschwunden und mit ihm das fünfjährige Mädchen Hilde Heine. Mit den beiden Kindern sind vier weitere Schlafkinder, drei weitere Schuls, fünf Kinderkleider, vier Paar warme Schuhe, ein Paar Lederschuhe für 14jähriges Kind und ein dunkler Kinderwetter verschwunden.

Sinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Betriebsräte, Arbeitsgemeinschaft Dreger! Der Unterricht heute abend findet nicht statt.

Sozialdem. Verein. 7 u. 7a Dörfler. Mittwoch, den 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr in der 2. Lorenzschule, Ecke Meierstr., Versammlung. (12685)

U. F. Vorst.-Sigung Sonn. 7 1/2 Uhr, Parade 1.

Stadtheater. Mittwoch zum ersten Male der erste Teil von Orillparers: Das goldene Vieh; Der Galkfreund, hierauf die Argonauten. Donnerstag: Meistersinger. Freitag zum ersten Male: Luther von Strindberg.

Sansatheater. Dienstag und Mittwoch: „Madame Bombadour“. Donnerstag gastiert Henri Bahl als Raffte in „Familie Raffte“. Freitag: „Boccaccio“.

Lohnverhandlungen in der Landwirtschaft.

Am Sonnabend fand zwischen dem Deutschen Landarbeiterverband und dem Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband für die Provinz Schleswig-Holstein in Kiel eine Lohnverhandlung statt, in welcher zum Tarif vom 21. April 1921 der 11. Nachtrag abgeschlossen wurde. Die für den Monat Januar getroffene Vereinbarung brachte keine erdültliche Lösung der Lohnfrage, weil das Finanzamt eine unzulässliche Fassung betr. der Deputatbemerkung getroffen hatte. Wie schon bekanntgegeben, hat das Finanzamt nunmehr als endgültige Deputatbemerkung pro Stunde 1 1/5 Mk. festgelegt. Dieser Satz konnte jetzt bei der Lohnverhandlung als feste Grundlage zum Aufbau neuer Löhne dienen.

Von den Arbeitgebern war wiederum der Antrag gestellt worden, die Deputate zu kürzen, um den Landarbeitern dadurch in den Besitz eines höheren Tariflohnes zu bringen. Dieses wurde aber von den Arbeitnehmern abgelehnt, weil es jedem Landarbeiter freist, falls er von seinen Naturalien etwas veräußern

